Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5799

16. 10. 96

Antrag
der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zur Lage in Osttimor

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zwanzig Jahre sind seit der Besetzung Osttimors durch die indonesische Armee und der Annexion der ehemaligen portugiesischen Kolonie durch Indonesien vergangen. Ebenso lange dauert der Widerstand in der osttimoresischen Bevölkerung an, der von den indonesischen Sicherheitskräften mit unerbittlicher Härte verfolgt wird.

Nach Schätzungen sind in den vergangenen beiden Jahrzehnten fast 200 000 Osttimoresen ums Leben gekommen. Der bewaffnete Widerstand wurde zerschlagen, seine Führer wurden inhaftiert. Weiterhin ist die Bevölkerung in Osttimor, aber wie die aktuellen Beispiele zeigen auch in Indonesien, Repression und Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Militär ausgesetzt; dazu gehören nach Aussagen von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen willkürliche Verhaftungen, Folter und Mord. Die Verantwortlichen werden nur zu einem geringen Teil zur Rechenschaft gezogen. Besonders das Massaker an einer Trauergemeinde in Dili im Jahre 1991 hat das Ausmaß der Unterdrückung in der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht.

Darüber hinaus setzt die indonesische Regierung eine planmäßige Ansiedlung von Indonesiern aus anderen Regionen durch, um die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung Osttimors zu verändern. Die überwiegend katholischen Osttimoresen werden zu einer Minderheit im eigenen Lande. Ihre Sprache und ihre Kultur sind vom Untergang bedroht.

Die Entwicklungsmaßnahmen Indonesiens haben zweifellos zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Osttimor, zu Erfolgen in Bildung, Infrastruktur und den materiellen Lebensverhältnissen geführt. Dennoch ist es nicht gelungen, die Bevölkerung der Insel für eine Integration einzunehmen. Der Widerstand dagegen ist bis heute ungebrochen, insbesondere bei der jungen Generation, die in jüngster Zeit durch Demonstrationen und Botschaftsbesetzungen auf ihre Lage auf-

merksam gemacht hat. Die Angst der Osttimoresen vor Indonesien ist unverkennbar.

Für die Vereinten Nationen ist die Besetzung Osttimors ein Verstoß gegen das Völkerrecht und Osttimor bis heute ein von Portugal verwaltetes Territorium. Von den Osttimoresen wird die Forderung nach Entscheidungsfreiheit über Selbstbestimmung oder weitere Integration in die Republik Indonesien aufrechterhalten.

Positive Schritte sind die Gespräche zwischen den Außenministern Indonesiens und Portugals unter der Vermittlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, des weiteren die anläßlich des Asem-Gipfels in Bangkok im März 1996 begonnenen informellen Gespräche zwischen Indonesien und Portugal auf höchster Ebene sowie die von Indonesien geförderten Gespräche in Österreich zwischen Vertretern Osttimors und der im Ausland lebenden Osttimoresen. Es wird begrüßt, daß den Vertretern des osttimoresischen Widerstandes Bischof Carlos Ximenes Belo und José Ramos Horta für ihr langjähriges Engagement der diesjährige Friedensnobelpreis verliehen wurde.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegenüber der indonesischen Regierung sowie im Rahmen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, daß die indonesischen Sicherheitskräfte den Terror gegen die Zivilbevölkerung einstellen und die politischen Gefangenen freigelassen werden,

2. gegenüber Indonesien darauf zu drängen, daß die Umsiedlungsprogramme nach Osttimor gestoppt und Sprache und Kultur der Osttimoresen respektiert werden,

3. insbesondere den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in Indonesien zu nutzen, um diese Anliegen mit Nachdruck zu vertreten,

4 bilateral sowie in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen darauf hinzuwirken, daß die Verhandlungen zwischen Indonesien und Portugal unter der Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs mit Entschlossenheit weitergeführt werden und ein Plan für die Durchführung eines Referendums über die Zukunft Osttimors aufgestellt wird,

5. Militärhilfe und Lieferungen von Rüstungsgütern an Indonesien nicht mehr zu genehmigen und sich für ein einheitliches Vorgehen innerhalb der Europäischen Union einzusetzen.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Rudolf Scharping und Fraktion

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333